

Protokoll der öffentlichen Gemeinderatsitzung vom 22. April 2020

Tagesordnung, öffentlicher Teil

1. Fragen der Einwohner
2. Einbringung und Erlass der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2020
3. Informationen, Anfragen, Verschiedenes
4. Fragen der Einwohner

zu Punkt 1

Dieser Tagesordnungspunkt wird nicht veröffentlicht.

zu Punkt 2:

Bürgermeister Neff verweist auf die Verwaltungsvorlage und führt mit folgenden Vorbemerkungen zur Haushaltslage in das Thema ein:

Der vorliegende Haushaltsplan für 2020 ist alles andere als erfreulich. Zu erwartende Auswirkungen der Corona-Krise sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

Anfang Januar hat die Gemeinde die ersten Mitteilungen erhalten, dass deutliche Rückgänge bei den Steuereinnahmen zu erwarten sind:

- Rückzahlung und Herabsetzung der Vorauszahlungen bei der Gewerbesteuer i.H.v. ~ 500.000 Euro

Bekannt war hingegen eine höhere

- Kreisumlage i.H.v. ~ 120.000 Euro

- weniger Finanzaufwendungen aufgrund eines guten Steuerjahres 2018 ~ 130.000 Euro

Sodass alles in allem mit Wenigereinnahmen von ~ 750.000 Euro bis 800.000 Euro zu rechnen ist.

Diese hohe Summe ist für die Gemeinde nicht zu verkraften bzw. zu kompensieren oder auszugleichen.

Am 19. Feb. fand eine Besprechung mit der Kommunalaufsicht zum Haushalt 2020 statt. Eine Haushaltskonsolidierung wurde angemahnt. Auch sei die Einnahmesituation zu verbessern u.a. mit Anhebung der steuerlichen Hebesätze.

Aufgrund dieses Gespräches hat die Verwaltung anschließend zusammen mit dem Gemeinderat eine Streichung von geplanten Projekten und Maßnahmen vorgenommen, die ursprünglich für dieses Jahr vorgesehen waren. Darüber hinaus tragen globale Minderansätze bei den einzelnen Sach- u. Produktkonten zu einer zumindest rechnerischen Ergebnisverbesserung bei.

Übriggeblieben sind hauptsächlich Maßnahmen zur Erschließung für Bauflächen. Hier ist dann im Gegenzug mit Einnahmen aus dem Verkauf entsprechender baureifer Grundstücke zu rechnen.

Kreditaufnahmen sind gegenüber der ursprünglichen Planung jetzt nicht mehr vorgesehen.

Was allerdings gegenüber der ursprünglichen Planung seitens der Verwaltung vorgeschlagen wird, auch im Hinblick auf das eben erwähnte Gespräch bei der Kommunalaufsicht, ist eine Erhöhung der Hebesätze bei der Grundsteuer A und B. Diese liegen derzeit bei je 350 v.H. Punkten. Dies schon seit 9 Jahren, die letzte Erhöhung fand zum 01.01.2011 statt. Rückwirkend zum 01.01.2020 wird eine Erhöhung um jeweils 40 v.H. Punkte auf dann 390 v.H. vorgeschlagen. Dadurch ergeben sich voraussichtlich jährliche Mehreinnahmen von rd. 30.000 Euro.

Zum Vergleich:

Die durchschnittlichen Hebesätze liegen bei den NOK-Gemeinden bei der Grundsteuer A bei 359 v.H.
- bei der Grundsteuer B bei 374 v.H.

Die maximalen Werte bei der Grundsteuer A liegen bei 420 v.H. und bei der Grundsteuer B bei 430 v.H. Hüffenhardt würde auch nach der Erhöhung noch unter diesen maximalen Werten liegen, jedoch etwas höher als die Durchschnittssätze.

Sicherlich ist es kein günstiger Zeitpunkt für eine Steuererhöhung, gerade in der momentanen Corona-Krisen-Zeit nicht. Aber wann ist schon ein günstiger Zeitpunkt für Erhöhungen? Den wird es nicht geben. Ich bin mir bewusst, was die Gemeinde mit der geplanten Anhebung der vom Hundert Sätze den Grundeigentümern aufbürdet.

Wie bereits eingangs kurz erwähnt, sind im Zahlenwerk die Auswirkungen der Corona-Krise noch in keinsten Weise berücksichtigt. Dass die Kommunen aber die Auswirkungen in finanzieller Hinsicht zu spüren bekommen, zeichne sich jetzt schon ab, insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer. Die ersten Anträge auf Stundung bzw. Herabsetzung der Vorauszahlungen sind bereits eingegangen. Zu bedenken ist dabei auch an den Erlass von Elternbeiträgen in der Kinderbetreuung und viele Positionen mehr, die heute noch nicht zu beziffern sind.

Der Gemeindetag äußert sich zur Finanzsituation durch die Corona-Krise und deren Auswirkungen auf die Kommunalhaushalte dahingehend, dass mit erheblichen Einnahmeausfällen, insbesondere bei der Gewerbesteuer und der Einkommenssteuer gerechnet werden muss. Erste Anfragen und Anträge zur Stundung der Gewerbesteuer und/oder Herabsetzung der Vorauszahlungen gingen bereits ein. Auch bei kulturellen Einrichtungen und Sportstätten fehlen die Einnahmen, während andererseits die laufenden Ausgaben zur Unterhaltung und Betrieb gleich bleiben.

Vermutlich wird die Gemeinde durch die insgesamt schwierig einzuschätzende Situation um einen Nachtragshaushalt 2020 nicht umhin kommen. Abzuwarten bis verlässlichere Zahlen vorliegen macht aber keinen Sinn. Denn um handlungsfähig zu sein braucht die Verwaltung einen genehmigten bzw. bestätigten Haushalt. Erst nach dessen Vorliegen können die für 2020 eingeplanten Maßnahmen auch angegangen werden.

Das Zahlenwerk ist dem Gemeinderat bereits zu der geplanten März-Sitzung, die aufgrund der Corona-Lage abgesagt wurde, zugegangen. Die ersten Seiten wurden nochmals überarbeitet. Die Blätter liegen als Tischvorlage vor.“

Rechnungsamtsleiter Holzer stellt das Zahlenwerk anhand der diesem Protokoll beigefügten Präsentation im Detail vor.

In der nachfolgenden Aussprache im Gemeinderat verweist Gemeinderat Hohenhausen darauf, dass es sich um einen absoluten Sparhaushalt handle. Er hält dennoch einige Ansätze für überhöht, wobei er teilweise die Hintergründe nicht kennt und die Erhöhung der Ansätze möglicherweise ihre Berechtigung habe. Exemplarisch verweist er auf die Abschreibungen. Da noch keine Eröffnungsbilanz vorliegt, handelt es sich um Schätzungen. Die Abschreibungen liegen dennoch um rund 100.000 Euro über dem Vorjahresansatz. Rechnungsamtsleiter Holzer bestätigt, dass es sich um Schätzungen handelt. Die Erhöhung sei darauf zurückzuführen, dass Investitionen, die in den Jahren 2018-2019 getätigt wurden, bei den Abschreibungen bereits mitberücksichtigt wurden. Die tatsächlichen Zahlen werden erst mit der Eröffnungsbilanz feststehen. Auch die Verwaltung hoffe, dass sie niedriger liegen als die Schätzung.

Gemeinderat Hohenhausen beziffert die seiner Meinung nach überhöhten Ansätze mit rund 400.000 Euro. Einige Ansätze, wie Personalkosten und Energiekosten, wurden den Ausführungen des Rechnungsamtsleiters zufolge bereits nach unten korrigiert, insgesamt um 85.000 Euro.

Sollte sich herausstellen, dass die Ansätze tatsächlich zu hoch kalkuliert wurden, schlage sich dies in einer Verbesserung des Rechnungsergebnisses nieder.

Gemeinderat Hohenhausen spricht sich gegen eine Erhöhung der Grundsteuer aus. Die errechnete Einnahmesteigerung um 30.000 Euro sei angesichts eines Haushaltsvolumens von 5 Mio. Euro der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein. Bei der Gemeinde verbliebe infolge der Wechselwirkungen des Finanzausgleichs ohnehin nur die Hälfte der genannten Summe. Als Gegenbeispiel zu den Steuersätzen der Kommunen im Neckar-Odenwald-Kreis, die von Bürgermeister Neff angeführt wurden, verweist er auf die Nachbargemeinde Siegelbach, die die gleichen Hebesätze wie Hüffenhardt habe und ebenfalls Steuerausfälle in ähnlichem oder sogar noch größeren Ausmaß zu verkraften habe. Dennoch hat Siegelbach bei der Verabschiedung des Haushalts auf Steuererhöhungen verzichtet. In Anbetracht der derzeitigen Krise sollte den Haushalten keine Mehrbelastung aufgebürdet werden.

Dieser Einschätzung schließen sich mehrere Gemeinderäte in nachfolgenden Wortmeldungen an.

Gemeinderat Hagendorn verweist außerdem auf die bevorstehende Grundsteuerreform und plädiert dafür, diese abzuwarten und die Erhöhung erst nach bzw. mit der Reform umzusetzen, sollte die Notwendigkeit weiter bestehen. Alle genannten Argumente zur Erhöhung hält er für schlüssig und nachvollziehbar, dennoch sei ein positives Signal zur Entlastung bzw. Verzicht auf weitere Belastung der Haushalte in Anbetracht der derzeitigen Lage vordringlich. Bürgermeister Neff sieht die finanzielle Lage der Privathaushalte ähnlich, aber auch die Gemeinde habe einen erheblich eingeschränkten Spielraum, um Einnahmen im Ergebnishaushalt zu generieren.

Bürgermeister Neff erwidert zum Vergleich mit Siegelbach, dass er die Finanzstruktur der Nachbargemeinde im Einzelnen nicht kenne, es aber auf jeden Fall im Kreis Heilbronn im Gegensatz zum Neckar-Odenwald-Kreis keine Erhöhung der Kreisumlage gegeben habe.

Rechnungsamtsleiter Holzer gibt zu bedenken, dass eine Mehreinnahme von 30.000 Euro im Ergebnishaushalt der Gemeinde die Möglichkeit zu einer Kreditaufnahme in Höhe von rund 250.000 Euro gestatte und damit erhebliche positive Auswirkungen auch im investiven Bereich habe. Der Gemeindehaushalt Hüffenhardt leide unter strukturellen Problemen im Ergebnishaushalt, die dringend behoben werden müssen. Weitere Ausfälle bei den laufenden Einnahmen infolge der Coronakrise seien mit Sicherheit zu erwarten. Dies betreffe auch kleinere Gebühreneinnahmen. Als Beispiel nannte Herr Holzer Gebühren für Plakatierungen, die entfallen, wenn keine Veranstaltungen stattfinden können. Diese vielen kleinen Ausfälle könnten sich aber zu einer erheblichen zusätzlichen Finanzierungslücke aufsummieren. Fraglich sei auch die Verlässlichkeit der Einnahmen aus Bauplatzverkäufen. Wie die Erfahrungen im Gewerbegebiet gezeigt haben, ließen sich Verkäufe nicht so realisieren, wie sie geplant werden. Infolge der Krise bestehe auch die realistische Möglichkeit, dass die Nachfrage nach Bauplätzen deutlich zurückgehe und der Abverkauf nicht wie geplant realisiert werden könne.

Die Kommunalaufsicht warte auf ein deutliches Zeichen zur Haushaltskonsolidierung in Form einer Grundsteuererhöhung.

Einige Verständnis- und Fachfragen aus dem Gemeinderat werden geklärt bzw. beantwortet.

Die Gemeinderäte Prior und Siegmann kritisieren, dass der Gemeinderat nach der Klausurtagung im Januar nicht mehr über aktuelle Entwicklungen zum Haushalt und Korrekturen unterrichtet und durch die heutige Tischvorlage überrascht wurde. Angesprochen wird von Gemeinderat Prior insbesondere die Erhöhung der Kassenkredite von 500.000 auf 1.000.000 Euro. Bürgermeister Neff korrigiert dies insoweit, als in der letzten regulären Sitzung des Gemeinderats im Februar wie bereits ausgeführt der Haushalt in nichtöffentlicher Sitzung noch einmal ausführlich behandelt wurde. Die Sitzung im März, in der die Einbringung des Haushalts mit dann natürlich ausführlichen Informationen wie in der heutigen Sitzung geschehen entfiel aufgrund der Coronapandemie auch auf ausdrücklichen Wunsch mehrerer Gemeinderäte. Die aktuellen Anpassungen, die zur heutigen Tischvorlage führten, erfolgten gestern mit Rechnungsamtsleiter Holzer, der bekanntermaßen am 01.04.2020 eine neue Stelle angetreten hat, was die Vereinbarung eines gemeinsamen Termins schwierig machte.

Bürgermeister Neff schlägt nach Verlauf der Diskussion vor, über die Erhöhung der Grundsteuer A und B separat abzustimmen. Dies wird vom Gemeinderat einhellig befürwortet.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020.

- **12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen** -

Weiter beschließt der Gemeinderat den Stellenplan, der Bestandteil der Haushaltssatzung 2020 ist.

- **12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen** -

Der Gemeinderat beschließt gem. § 85 Abs. 4 GemO den Finanzplan mit Investitionsprogramm.

- **12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen** -

Der Gemeinderat beschließt die Anhebung der Grundsteuer A und B von 350 v. H. auf 390 v. H.

- **6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimme** -

Die Anhebung der Grundsteuer ist damit abgelehnt.

Zu Punkt 3:

Bürgermeister Neff gibt folgendes bekannt:

- Maibaumaufstellung: Das Fest muss leider abgesagt werden.
Damit der Mai dennoch wie traditionell üblich – mit Maibäumen angekündigt werden kann, werden die Bäume dieses Jahr -ausnahmsweise- von der Bauhofmannschaft mit maschinellem Einsatz eines Unternehmers aufgestellt
- Die Kindergartengebühren für Monat Mai werden ausgesetzt (für den April hat die Aussetzung der Beitragsabbuchung leider nicht mehr gereicht).
- Die Gebühren für die Kernzeitbetreuung der Monate März und April (je 642 Euro) werden ebenfalls ausgesetzt.
- Bauausgaben Anbau Fluchttreppe Grundschule: Die Haushaltsmittel (60.000 Euro) wurden geringfügig überschritten (knapp über 64.000 Euro).
- Straßenbeleuchtung: Die Lindenstraße wird jetzt umgerüstet.
- Parkplatz Staugasse/Mühlweg die Pflasterarbeiten (Fa. Meny-Bau) wurden fertiggestellt; die Pflanzarbeiten (Fa. Thomas Kühner) folgen aktuell.
- Die direkten Anlieger der Landstraße L 530 Ri. Wollenberg, haben einen Antrag eingereicht, das Tempolimit ab Beginn der Häuser aus Richtung Wollenberg auf 50 km/h zu reduzieren.

Begründung:

Die Maßnahme soll im Wesentlichen der Reduzierung des Straßenverkehrslärms dienen.

Das Einverständnis des Gemeinderates vorausgesetzt, wird das Thema bei der nächsten Verkehrsschau mit aufgeführt.

- Termine: die nächste Sitzung des Gemeinderats findet am 28.Mai 2020 statt.
- Weitere Termine sind dem Ortsnachrichtenblatt zu entnehmen.

Gemeinderat Prior verweist auf vor kurzem durchgeführte Umrüstungsmaßnahmen und Erhöhung der Straßenlaternen in der Brühlgasse und erkundigt sich nach dem Grund, da diese Leuchten bereits auf LED umgerüstet worden seien. Bürgermeister Neff verweist auf Beschwerden der Anwohner der Brühlgasse und bestätigt, dass die durchgeführten Änderungen Mehrkosten verursachen werden.

Gemeinderat Müller erkundigt sich, ob ein Nachfolger für Rechnungsamtsleiter Holzer bereits feststehe. Dies wird von Bürgermeister Neff bestätigt, der neue Rechnungsamtsleiter wird zum 01.07.2020 seinen Dienst antreten.

Gemeinderat Siegmann erkundigt sich nach den diesjährigen Besuchen der Partnergemeinden. Bürgermeister Neff teilt mit, dass Mariakalnok vor wenigen Tagen eine Absage mitgeteilt habe. Zum geplanten Austausch mit Champvans wurde noch keine Entscheidung getroffen. Da diese erst im September stattfindet, soll die weitere Entwicklung der Coronaepidemie abgewartet werden.

zu Punkt 4:

Tagesordnungspunkt wird nicht veröffentlicht